

Landtagswahl Bayern 2023

12 für 5 vbw BayernProgramm

vbw

Position
Stand: Juni 2023

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

12 Punkte für Bayerns Zukunft: 12 für 5

Bayern ist ein wirtschaftsfreundliches Land. Ein Land, in dem sich in wirtschaftlicher Hinsicht etwas unternehmen lässt. Ein Land, in dem wir mehr auf die Chancen als auf die Risiken schauen. Ein Land, in dem nachhaltige Innovationen erwünscht sind und gefördert werden. Das macht uns stark!

Die bayerische Wirtschaft wird für dieses Umfeld oft beneidet. Wir müssen alles dafür tun, dass das auch so bleibt. Denn eine starke und gesunde Wirtschaft ist Voraussetzung und Grundlage für den Wohlstand der Menschen, für gute und sichere Arbeitsplätze und ein erfülltes Leben. Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts.

Der vbw liegt unser Land sehr am Herzen. Wir bekennen uns zu unserer Heimat, die ja auch die Heimat von unzähligen kleinen und großen Unternehmen ist. Deshalb haben wir in unserem Programm zur Landtagswahl 2023 aufgeschrieben, was die Politik tun muss, damit Bayern auch in der nächsten Legislaturperiode seine Spitzenstellung in Deutschland und Europa bewahren kann.

Die Herausforderungen, vor denen wir dabei stehen, sind so groß wie selten zuvor. Pessimisten meinen, es sei für unseren Standort bereits fünf vor zwölf. Wir setzen dem bewusst unser „12 für 5“, zwölf Kapitel mit Vorschlägen und Forderungen für die kommenden fünf Jahre, entgegen. Wenn sich die Politik daran orientiert, haben wir allen Krisen zum Trotz guten Grund, zuversichtlich in die Zukunft zu blicken.

Wolfram Hatz
17. Mai 2023

Bertram Brossardt

Inhalt

Position auf einen Blick	1
1 Sichere und preiswerte Energie für Bayern ermöglichen	3
2 Absatzmärkte, Lieferketten und Rohstoffe sichern	5
3 Arbeits- und Fachkräfte für Bayern gewinnen	8
4 Beste Bildung für Bayern gewährleisten	12
5 Verkehrsinfrastruktur flächendeckend ausbauen	16
6 Breitband- und Mobilfunknetze voranbringen, Digitalisierung verstärken	19
7 Bayern entbürokratisieren, Verwaltung beschleunigen	21
8 Wohnraum schaffen	24
9 Gesundes Bayern bewahren	27
10 Vielfalt der bayerischen Wirtschaftsstruktur erhalten	29
11 Technologische Chance nutzen	31
12 Für ein starkes Bayern in Berlin und Brüssel sorgen	33
Ansprechpartner/Impressum	35

Position auf einen Blick

Starkes Land. Starke Regionen. Starkes Bayern.

Bayern ist ein starkes und attraktives Land. Der Freistaat verfügt über eine starke Wirtschaft, niedrige Arbeitslosigkeit, einen großen gesellschaftlichen Zusammenhalt, eine hohe landschaftliche Attraktivität und damit insgesamt über eine hohe Lebensqualität.

Was Bayern besonders auszeichnet, ist die Vielfalt seiner Wirtschaftsstruktur. Der wirtschaftliche Erfolg Bayerns beruht auf den drei Säulen der bayerischen Wirtschaft sowie deren Zusammenwirken: Auf der starken Industrie, dem starken Dienstleistungssektor und dem traditionell gewachsenen Handwerk. Die Wirtschaftsstruktur Bayerns, mit ihrem Mix aus Großunternehmen sowie kleinen und mittelständischen Betrieben, mit der flächendeckenden Präsenz von Unternehmen sowie der Breite der Wertschöpfungsketten, ist der entscheidende Erfolgsfaktor für die Wirtschaftsentwicklung im Freistaat. Ein wesentliches Ziel in der neuen Legislaturperiode muss es sein, unter erschwerten Bedingungen die Wertschöpfungsketten Bayerns in ihrer gesamten Breite zu erhalten. In den Städten – aber auch und vor allem in den Regionen!

Trotz der genannten Stärken des Freistaats sind die Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Bayern derzeit so groß wie selten zuvor. Die Wirtschaft befindet sich nicht nur in Bayern, sondern weltweit in einem tiefgreifenden Strukturwandel. Dekarbonisierung, Digitalisierung und der demografische Wandel stellen Unternehmen und Gesellschaft vor enorme Aufgaben. In den nächsten Jahren gilt es, einen Strukturwandel riesigen Ausmaßes zu managen und zum Erfolg zu führen. Für das Industrieland Bayern ist insbesondere der Weg zur Klimaneutralität eine große Herausforderung. Unter allen Umständen gilt es, eine schleichende De-Industrialisierung des Freistaats zu verhindern und Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit in der Transformation zu sichern. Dafür ist es auch zwingend notwendig, den zunehmenden Mangel an Fach- und Arbeitskräften in den Griff zu bekommen.

Gleichzeitig erleben wir wachsende internationale Sicherheitsrisiken (Stichwort: Zeitenwende) sowie die mit Russlands Angriffskrieg in der Ukraine offen zu Tage getretenen internationalen Abhängigkeiten. Die Stichworte lauten Energiepreissteigerungen und Lieferengpässe. Auch verfolgen große Player am Weltmarkt, die für Bayern besonders relevant sind, ihre eigenen industriepolitischen Interessen mit wachsender Vehemenz – insbesondere China und die USA. Diese Entwicklungen stellen die stark international orientierte, bayerische Wirtschaft vor zusätzliche Herausforderungen.

Hinzu kommt, dass die derzeitigen Multikrisen und die Konsequenzen daraus unsere Gesellschaft unter großen Stress setzen. Auch infolge der Corona-Pandemie ist die Unsicherheit gestiegen. Viele Menschen sehen sich diesen Entwicklungen ohnmächtig gegenüber. Russlands Krieg in der Ukraine und die anderen internationalen Konflikte verstärken das verbreitete Gefühl der Angst in der Bevölkerung. Die hohe Inflation in Kombination mit

[Position auf einen Blick](#)

hohen Wohnkosten infolge des knappen Wohnraums steigert die Sorge vor Wohlstandsverlusten. Fake News und Desinformation fallen so auf einen fruchtbaren Boden. Die Demokratieverdrossenheit steigt, was wiederum extremistischen Parteien Zulauf bringt. In manch anderen Ländern Europas sind diese Zusammenhänge derzeit besonders deutlich zu spüren.

In dieser Gesamtsituation gilt es, Lösungen aufzuzeigen, wie wir die Zukunft erfolgreich bewältigen können. Wir in Bayern haben dazu die besten Voraussetzungen. Bayern hat mit seinem Wohlstand nach dem Krieg schon einmal bewiesen, dass das Land einen Strukturwandel erfolgreich bewältigen kann. Der Freistaat hat sich vom landwirtschaftlich geprägten Agrarstaat zu einem modernen Industrie- und Hightech-Standort entwickelt. Das zeigt: Bayern kann Transformation. Diese Fähigkeit müssen wir erneut unter Beweis stellen – als Politik, als Wirtschaft, als Gesellschaft insgesamt. Der großen Innovationskraft der bayerischen Wirtschaft kommt dabei wieder eine entscheidende Rolle zu. „Innovationen. Made in Bavaria“ sind ein wichtiger Schlüssel für die Bewältigung der anstehenden Herausforderung.

In unserem Programm zur Landtagswahl haben wir zusammengefasst, welche Themen die neue Staatsregierung nach der Wahl am 8. Oktober 2023 aus Sicht der vbw angehen muss, damit die bayerische Wirtschaft und damit Bayern insgesamt weiter stark bleiben. Es sind 12 Punkte, auf die es in den nächsten fünf Jahren – der Dauer der Legislaturperiode – ankommt. Deshalb trägt unser vbw Programm zur Landtagswahl den Titel „12 für 5“.

1 Sichere und preiswerte Energie für Bayern ermöglichen

Eine sichere und preiswerte Energieversorgung ist für den starken Wirtschaftsstandort Bayern von existenzieller Bedeutung. Wir müssen jetzt alles daransetzen, mehr Tempo bei der Energiewende aufzunehmen.

International wettbewerbsfähige Strompreise sichern

Die hohen Strompreise sind eine ernste Belastung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Durch die Energiekrise hat sich die Situation noch einmal massiv verschärft. Aus diesem Grund muss sich Bayern weiterhin für eine Absenkung der Stromsteuer auf das europarechtliche Minimum sowie insbesondere für einen dauerhaften international wettbewerbsfähigen Industriestrompreis einsetzen. Denn niedrige Strompreise stellen darüber hinaus einen wichtigen Treiber für die Sektorenkopplung und den Einsatz klimafreundlicher Technologien dar.

Alle erneuerbaren Energien ausbauen

Alle erneuerbaren Energien in Bayern müssen konsequent ausgebaut werden. Bayern muss sich auch beim Ausbau der Windkraft an die Spitze setzen. Photovoltaikanlagen müssen auf jedem geeigneten Dach installiert werden. Auch die grundlastfähigen Energien Wasserkraft, Bioenergie und Geothermie müssen eine zentrale Rolle spielen. Die Biometan-Produktion muss deutlich erhöht werden.

Bis 2030 auf Gaskraftwerke als Backup-Kapazität setzen

Um die Stromversorgung abzusichern, müssen bis 2030 auch ausreichend steuerbare Backup-Kapazitäten mit Gaskraftwerken entstehen, die schrittweise auf grünen Wasserstoff umgestellt werden.

Energienetze ausbauen

Für eine sichere Stromversorgung ist es notwendig, dass bis 2030 der gesamte bis dahin geplante Stromnetzausbau auch tatsächlich abgeschlossen ist. Hierfür müssen Planungs- und Genehmigungsverfahren noch weiter beschleunigt werden. Der erforderliche Netzausbau beinhaltet sowohl die großen Übertragungsleitungen als auch regionale Verteilnetze. Sie müssen so modernisiert und gestärkt werden, dass erneuerbare Energie-Anlagen problemlos angeschlossen, und der erzeugte Strom gespeichert, eingespeist und verteilt werden kann. Die Digitalisierung des Energiesystems muss vorangebracht werden, sodass intelligente Stromnetze (Smart Grids) in Kombination mit flexiblen Verbrauchern für zusätzliche Effizienz und eine Optimierung der Energieverteilung sorgen können.

Wasserstoffwirtschaft aufbauen

Der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft muss schnell vorangebracht werden. Ziel muss es sein, bis 2030 Elektrolyseure in allen Regionen Bayerns zu betreiben, vor allem auch im industriellen Maßstab. Gleichzeitig muss der Freistaat eng in das europäische Wasserstoffnetz eingebunden werden. Die großen Industriezentren müssen vorrangig angeschlossen werden. Pipelines aus dem Süden müssen die Versorgung mit Wasserstoff zusätzlich absichern. Eine einseitige Vorfestlegung auf bestimmte Wasserstofferzeugungsarten darf es nicht geben, da die nötigen Mengen an erneuerbarem Strom zur Gewinnung von grünem Wasserstoff nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen. Vielmehr muss ein technologieneutraler Ansatz die Verringerung von Treibhausgasemissionen in den Fokus stellen. Zusätzlich müssen jetzt internationale Partnerschaften abgeschlossen werden, um Planungssicherheit zu schaffen.

Bayerische Carbon-Management-Strategie entwickeln

In den Berichten des Weltklimarats (IPCC) ist die CO₂-Abscheidung ein entscheidendes Instrument für die meisten Minderungspfade. Ohne die breite Anwendung von CCUS (Carbon Capture, Utilisation and Storage) kann ein Industriestandort wie Bayern seine Klimaziele nicht erreichen. Selbst bei vollständiger Umstellung auf eine CO₂-neutrale Energieversorgung wird es prozessbedingte CO₂-Emissionen geben, z. B. in der Zement- und Kalkindustrie, die auch zukünftig nicht vermieden werden können. Für dieses CO₂ müssen Möglichkeiten für die Weiterverwendung bzw. Einlagerung und eine entsprechende CO₂-Infrastruktur geschaffen werden.

2 Absatzmärkte, Lieferketten und Rohstoffe sichern

Die Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine haben die Anfälligkeiten unserer Lieferketten und internationale Abhängigkeiten aufgezeigt. Zudem hat der Krieg, ebenso wie die Entwicklungen in China, die Frage nach der Verlässlichkeit unserer Handelspartner aufgeworfen. Hinzu kommt, dass nicht nur China, sondern auch die USA ihre eigenen industriepolitischen Interessen mit wachsender Vehemenz vertreten. Gerade diese beiden Länder sind wegen ihrer herausragenden Bedeutung auf dem Weltmarkt für die exportorientierte Wirtschaft von besonderer Relevanz.

Die Frage der Resilienz und die Wahl des Geschäftsmodells sowie der Handelspartner sind in erster Linie eine Unternehmensentscheidung. Die Politik kann und muss hierbei aber unterstützend tätig werden, insbesondere auch bei Themen, die auf betrieblicher Ebene nur begrenzt beeinflussbar sind. Hier sind z.B. die Rohstoffverfügbarkeit und geopolitische Risiken zu nennen, die aus Unternehmenssicht weit oben im Ranking der größten Unsicherheitsfaktoren zu finden sind.

Am Geschäftsmodell der Internationalisierung festhalten

Der wirtschaftliche Erfolg, und damit der Wohlstand Deutschlands und Bayerns, beruht zu einem großen Teil auf der Internationalisierung unserer Wirtschaft. Vor dem Hintergrund der geopolitischen und geoökonomischen Veränderungen müssen wir unsere Außenhandelsstrategie neu austarieren, aufgeben dürfen wir unser Geschäftsmodell aber keinesfalls. Die Politik muss ihren Beitrag dazu leisten, offene Märkte und freien Handel zu gewährleisten.

Neue Märkte sichern

Die Lehre aus Pandemie und Krieg ist, dass wir einseitige Abhängigkeiten in unseren Liefer- und Wertschöpfungsketten reduzieren und vermeiden müssen. Hierfür ist eine stärkere Diversifizierung nötig, das heißt, es müssen neue Absatz-, Beschaffungs- und Rohstoffmärkte erschlossen werden. Dies ist in erster Linie Sache der Unternehmen. Die Politik kann und muss die Betriebe hierbei aber unterstützen, indem sie den Abschluss von Handels- und Investitionsschutzabkommen oder strategischen Partnerschaften voranbringt. Dadurch werden die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessert und Wirtschaftsbeziehungen zu bestimmten Ländern und Regionen aufgebaut oder intensiviert. Bayern muss sich bei der EU, die für die Außenhandelspolitik zuständig ist, für verstärkte Aktivitäten einsetzen. Im Hinblick auf Rohstoffe müssen die Auslandsvertretungen des Freistaats bayerische Unternehmen bei Explorations- und Förderlizenzen unterstützen. Außerdem müssen Instrumente der Außenwirtschaftsförderung so ausgestaltet werden, dass es für Betriebe attraktiv ist, zusätzliche Import- sowie Exportmärkte zu erschließen.

Gezieltes Re- und Nearshoring nicht als Königsweg begreifen

Eine angemessene Vorratshaltung von Rohstoffen und Vorprodukten stärkt die Resilienz von Unternehmen. Deshalb sollte die steuerliche Benachteiligung der Lagerhaltung abgebaut werden. Ein gezieltes und gesteuertes Re- und Nearshoring, also das Rückverlagern von Produktion ins Inland oder nähere Ausland, ist aber kein effizienter Weg der Resilienzsteigerung. Vielmehr muss die Politik die allgemeinen Rahmen- und Standortbedingungen verbessern, dann entsteht automatisch wieder mehr wettbewerbsfähige Produktion im Inland.

Heimische Rohstofflagerstätten besser nutzen

Heimische Rohstofflagerstätten in Bayern müssen besser genutzt werden können. Sie sind oft mit Schutzgebieten überplant und dem Rohstoffabbau entzogen. Deshalb müssen Landesplanung und Raumordnung ökonomische, ökologische und soziale Belange gleichrangig berücksichtigen. Lagerstätten müssen bedarfsunabhängig ausgewiesen werden können.

Zukunftsfeste Recyclingkonzepte etablieren und Kreislaufwirtschaft entschlossen vorantreiben

Zur Rohstoffsicherung gehören auch die konsequente Entwicklung zukunftsfester Recyclingkonzepte sowie eine Intensivierung der Grundlagenforschung zum effizienten Einsatz von Substituten. Insgesamt gilt es, eine erfolgreiche Kreislaufwirtschaft zu etablieren. In ihr liegt auch der Schlüssel für eine nachhaltige Produktion. Im zirkulären Wirtschaften steckt beachtliches Potenzial für Wertschöpfung und neue Beschäftigungsfelder. Zudem können damit Abfälle, Emissionen und Energieverbrauch verringert werden. Erfolgreiche Kreislaufwirtschaftspolitik muss innovationsgetrieben und technologieoffen sein. So müssen wir etwa in allen Bereichen die Möglichkeit und den Mehrwert von Recycling berücksichtigen und dabei einen technologieneutralen, diskriminierungsfreien Rechtsrahmen für mechanische und chemische Recyclingverfahren gewährleisten. Es gilt, in Bayern zügig tragfähige Wertschöpfungsnetzwerke für besonders relevante Felder wie Batterien, Textilien und Kunststoffe oder auch Baumaterialien aufzubauen.

Nachhaltige Waldbewirtschaftung und Holznutzung weiter ermöglichen

Holz ist ein wichtiger heimischer und nachhaltiger Rohstoff – heute schon und erst recht auf dem Weg hin zu einem klimaneutralen Freistaat. Auch um das Klimaschutzpotenzial der Wälder auszuschöpfen und den mit Blick auf den Klimawandel erforderlichen Waldumbau voranzutreiben, sind eine regelmäßige Entnahme von Bäumen sowie die Aufforstung und Waldpflege unabdingbar. Allen Stilllegungsforderungen muss daher entschlossen entgegengetreten werden. Die bayerischen Wälder werden nachhaltig bewirtschaftet und verfügen über einen großen Holzvorrat. Dieser muss auch künftig genutzt werden können. Wenn holzbasierte Biomasse im besten Fall nach mehrfacher stofflicher Nutzung

energetisch verwertet wird, kann diese kreislaforientierte Nutzung auch im Rahmen der Energiewende einen wichtigen Beitrag leisten; diese Möglichkeit gilt es, zu erhalten.

3 Arbeits- und Fachkräfte für Bayern gewinnen

Die Arbeitsmarktentwicklung in Bayern wird maßgeblich durch die drei D, Demografie, Dekarbonisierung und Digitalisierung, beeinflusst. Während die demografische Entwicklung zu einem spürbaren Rückgang des Arbeitskräfteangebotes führt – bis zum Jahr 2035 geht die Zahl der Erwerbspersonen in Bayern voraussichtlich um neun Prozent beziehungsweise 700.000 Personen zurück – verändern Dekarbonisierung und Digitalisierung die Nachfrage nach Fachkräften. Hier kommt es zu Verschiebungen bei der Arbeitskräftenachfrage, und für einige Tätigkeiten fällt der Bedarf weg. Der Rückgang der Nachfrage fällt weit weniger dynamisch aus als der Angebotsrückgang. Am Arbeitsmarkt werden deshalb Engpässe dominieren. Trotz der Auswirkungen von Digitalisierung und Dekarbonisierung, die tiefgreifende Transformationsprozesse auslösen, wird die zentrale arbeitsmarktpolitische Herausforderung in der Arbeitskräfte- und Fachkräftesicherung liegen. Es gilt, Fachkräftesicherung und Transformation zusammen zu denken und ganzheitliche Lösungsstrategien zu entwickeln. Daraus ergeben sich die folgenden Forderungen.

Breite Bildungsoffensive fortsetzen, Abbrecherquoten im Bildungswesen reduzieren

Die breit angelegte Bildungsoffensive muss fortgesetzt und weiter ausgebaut werden. Sie sollte in der frühkindlichen Phase einsetzen, über Schule und Hochschule reichen und darüber hinaus die betriebliche Aus- und Weiterbildung stärken. Wir können es uns nicht erlauben, auf dem Weg der Bildung Menschen für das Berufsleben zu verlieren. Auch in Bayern besteht weiterhin Handlungsbedarf. Ein Beispiel hierfür sind die Abbrecherquoten im Bildungswesen. Es braucht eine qualitativ hochwertige, vertiefte und praxisnahe Studien- und Berufsorientierung an allen weiterführenden Schulen, um die Quoten bei Schulabgänger*innen ohne Abschluss ebenso wie bei Abbrechern in der dualen Ausbildung und an den Hochschulen zu reduzieren. Nach wie vor gilt es, überholte Strukturen zu ersetzen, Chancen zu schaffen und Wege für mehr individuelle Förderung zu ebnen.

Beschäftigungschancen verbessern

Transformation durch Qualifizierung und berufliche Weiterbildung aktiv gestalten

Der Arbeitsmarkt in Bayern erweist sich weiterhin als robust. Dennoch ist mit Herausforderungen zu rechnen, da die Transformation Bayern mit seinem stark industriellen Kern besonders trifft. Dieser Prozess muss aktiv gestaltet werden, um Beschäftigungsperspektiven zu schaffen und Arbeitslosigkeit zu verhindern. Qualifizierungsmaßnahmen und die berufliche Weiterbildung gewinnen damit noch stärker als bislang an Bedeutung. Sie leisten den zentralen Beitrag dazu, über ein höheres Maß an beruflicher Flexibilität Mismatch-Situationen am Arbeitsmarkt abzubauen. Zudem können Beschäftigte, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, über Weiterqualifizierung und Umschulungen neue berufliche Perspektiven erhalten. Darüber hinaus gilt nach wie vor der Dreiklang, aktivieren – qualifizieren –

vermitteln, um Arbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren und so Fachkräfteengpässe abzumildern.

Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt integrieren

Viele (schwer-)behinderte Menschen verfügen über eine hohe Qualifikation. Sie können, wenn sie richtig eingesetzt werden, leistungsfähige Mitarbeiter*innen sein. Diese Potenziale müssen noch stärker gehoben werden. Für weitere Fortschritte bei der Inklusion ist ein Richtungswechsel notwendig – weg von Regulierung und Zwang, hin zu Information und Anreizen. Die neu geschaffenen Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber (EAA) leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Die Bayerische Staatsregierung hat den Wert von Inklusion in der Arbeitswelt mit einer weiteren Maßnahme unterstrichen: Sie hat das Budget für Arbeit, das Menschen mit Behinderung auf ihrem Weg in den allgemeinen Arbeitsmarkt unterstützen soll, mit einem um 20 Prozent höheren Lohnkostenzuschuss als auf Bundesebene geplant, ausgestattet. Auch dies ist für die Gewinnung von Arbeits- und Fachkräften begrüßenswert. Den eingeschlagenen Weg gilt es nun intensiv weiter zu verfolgen und die Ergebnisse zu evaluieren.

Erwerbspotenziale besser nutzen

Rahmenbedingungen für eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen verbessern

Um die Erwerbsbeteiligung von Frauen weiter zu steigern, müssen die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessert werden. Wichtiger Ansatzpunkt hierbei ist der qualitative und quantitative Ausbau der Kinderbetreuungs- und Pflegeeinrichtungen. Das Landesförderprogramm Ganztagsausbau der Bayerischen Staatsregierung und das Bündnis für frühkindliche Bildung sind wichtige Maßnahmen, um hier voranzukommen und müssen auch in Zukunft fortgesetzt werden. Die in Bayern auf den Weg gebrachten Aus- und Fortbildungsprogramme, auch für Quereinsteiger*innen, tragen ebenfalls dazu bei, die Kinderbetreuung auszubauen und weiterhin auf einem qualitativ hohen Niveau zu halten. Es muss dabei bleiben, dass in Bayern die Förderung einer familienfreundlichen Arbeitswelt großgeschrieben wird. Ein herausragendes Beispiel dafür ist der Familienpakt Bayern, der Unternehmen bei familienfreundlichen Maßnahmen berät und unterstützt. Das Jahresthema 2023 „Fachkräfte finden und binden“ zeigt, dass Familienfreundlichkeit im Arbeitsumfeld ein zentraler Faktor bei der Arbeitskräfte- und Fachkräftesicherung ist.

Frühverrentungsanreize abbauen, Ältere im Ruhestand für Erwerbstätigkeit begeistern

Die Rente mit 67 muss konsequent umgesetzt werden. Eine bayerische Initiative, die sich auf Bundesebene für den Abbau von Frühverrentungsanreizen einsetzt, kann hier einen wichtigen Impuls liefern. Als bayerische Wirtschaft wollen wir zusammen mit der Bayerischen Staatsregierung dafür werben, dass Ältere, die sich schon im Ruhestand befinden, erneut eine Beschäftigung aufnehmen.

Arbeitszeitpotenziale ausschöpfen

Voraussetzungen für mehr Vollzeitarbeit schaffen, Arbeitszeitflexibilität erhöhen

Es gilt, mehr Vollzeit beziehungsweise vollzeitnahe Teilzeit anstelle des klassischen Teilzeitarbeitsmodells zu schaffen. Insbesondere bei Frauen besteht oftmals die Möglichkeit, das Arbeitszeitvolumen zu erhöhen. Hierzu müssen die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. So muss zum Beispiel ein Betreuungsangebot für Kinder vorhanden sein, das den Arbeitszeiten vollzeitbeschäftigter Mütter Rechnung trägt. Flexibilität ist für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf grundlegend, starre gesetzliche Vorgaben sind dabei hinderlich. Insbesondere sollten die Regelungen zur täglichen Höchstarbeitszeit und Ruhezeit angepasst werden. Dies ermöglicht es Eltern, berufliche Tätigkeiten auch am Abend durchzuführen, ohne Gefahr zu laufen, die vorgeschriebene Ruhezeit zu unterschreiten. Die Forderung der Bayerischen Staatsregierung nach einer Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes unterstützen wir daher ausdrücklich.

Mehr Flexibilität beim Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand schaffen

Um ältere Beschäftigte möglichst lange im Beruf zu halten, gilt es, die Übergänge zwischen Erwerbsleben und Ruhestand weiter zu flexibilisieren. Wir setzen uns daher für eine bayेरische Initiative auf Bundesebene ein, das Flexi-Renten-Gesetz weiterzuentwickeln.

Bayern als attraktives Zielland für ausländische Fachkräfte platzieren

Über die letzten Jahrzehnte hat Bayern überproportional von der Binnenzuwanderung und der EU-Freizügigkeit profitiert. Jedoch ist die Binnenzuwanderung nahezu zum Erliegen gekommen. Auch im Zuge der EU-Freizügigkeit kommen immer weniger Arbeits- und Fachkräfte nach Bayern, da sich die Arbeitsmarktsituation in vielen europäischen Nachbarländern gedreht hat und dort ebenso Engpässe herrschen. Daher gilt es nun, die Zuwanderung aus Drittstaaten in den Fokus zu nehmen. Eine mögliche Zielregion ist der Westbalkan. Durch die Anpassungen der Westbalkanregelung bestehen hier Erleichterungen bei den Zuwanderungsverfahren. Wir begrüßen das Engagement der Bayerischen Staatsregierung auf dem Westbalkan. Die vbw hat in Albanien eine Repräsentanz eröffnet, um bayerische Unternehmen dabei zu unterstützen, albanische Arbeits- und Fachkräfte zu gewinnen, aber auch, um einen Markteintritt in Albanien zu begleiten.

Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten verbessern

Es gilt, die Arbeitsmarktpotenziale von Menschen mit Fluchthintergrund noch stärker in den Blick zu nehmen und diese Zielgruppe noch gezielter bei der Integration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Da Sprachkenntnisse die Grundlage einer gelungenen Integration bilden, müssen die Anzahl der Integrationskurse erhöht und genügend Plätze zur Verfügung gestellt werden. Um Geflüchtete in den deutschen Arbeitsmarkt integrieren zu können, müssen die angebotenen Qualifizierungsmaßnahmen für diese Zielgruppe ausgeweitet werden. Auch die Rahmenbedingungen sind weiter zu optimieren, insbesondere müssen die Angebote zur Kinderbetreuung noch weiter ausgebaut werden. Bei

Geduldeten mit beschränktem Arbeitsmarktzugang sollte eine anstehende oder bestehende Beschäftigung in einem Unternehmen als positives Entscheidungskriterium für die Erteilung der Arbeitserlaubnis herangezogen werden.

4 Beste Bildung für Bayern gewährleisten

Beste Bildung ist entscheidend für den Wirtschaftsstandort, für innovative gesellschaftliche Entwicklungen sowie für jeden Einzelnen, sein Leben selbstgestaltet und selbstbestimmt führen zu können. Das bayerische Bildungssystem ist gut aufgestellt. Beim Bildungsmonitor 2022 der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft belegt Bayern erneut einen Spitzenplatz und erreicht zum vierten Mal in Folge den zweiten Platz unter den 16 deutschen Ländern. Das bayerische Schulsystem zeichnet sich durch eine hohe Qualitäts- und Leistungsorientierung aus. Bei nationalen Leistungsvergleichsstudien des Institutes zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen belegt Bayern ebenfalls kontinuierlich vordere Plätze. Der Freistaat darf sich aber nicht auf diesen Erfolgen ausruhen. Sie müssen vielmehr Ansporn sein, noch besser zu werden. Auch angesichts des hohen Arbeits- und Fachkräftemangels muss tatsächlich jedes einzelne Talent in den Fokus genommen werden – niemand darf für den Arbeitsmarkt verloren gehen. Um die großen Herausforderungen Demografie, Digitalisierung und Dekarbonisierung meistern zu können, braucht unser Bildungssystem noch mehr Bildungsqualität, mehr Bildungsbeteiligung und mehr Partizipationsgerechtigkeit. Denn nur wenn alle Bildungspotenziale gehoben werden, sind wir für die Zukunft gewappnet.

Schüler*innen bestmöglich individuell fördern

Unterrichtsversorgung langfristig sichern

Vielfältige Maßnahmen zur Gewinnung zusätzlichen Personals müssen sofort, mittel- und auch langfristig dazu beitragen, den Bedarf an pädagogischem Personal in Schulen zu decken. Die von der Bayerischen Staatsregierung bereits ergriffenen Maßnahmen müssen in den verschiedenen Schulformen noch zielgerichtet entsprechend den jeweiligen Bedarfen umgesetzt und ausgebaut werden. Um die Attraktivität des Lehrerberufes zu steigern und zusätzliche Fachkräfte für den Schuldienst zu gewinnen, sollte der Fokus auf folgende Maßnahmen gelegt werden: Reduzierung der Organisations- und Verwaltungstätigkeiten für Lehrkräfte, kontinuierlicher, studienbegleitender Einsatz von Lehramtsstudent*innen in Schulen (Unterrichtsassistent*innen), konsequenter Auf- und Ausbau multiprofessioneller Teams und Gewinnung von Lehrkräften aus dem Ausland (z. B. für Fremdsprachenunterricht).

Kinder und Jugendliche stärker individuell fördern

Die Zahl der Schulabgänger*innen ohne Abschluss ist in Bayern mit 5,1 Prozent immer noch zu hoch. Ziel muss es sein, jedes einzelne Talent frühzeitig zu erkennen und individuell zu fördern. Rhythmiserte Ganztagschulen können hier einen besonderen Beitrag leisten. Alle Schüler*innen sollen vom Nutzen dieser Schulform profitieren können. Entsprechend muss die rhythmisierte Ganztagschule als Angebotsschule flächendeckend etabliert werden. In allen Phasen der Lehrerbildung – vom Studium über das Referendariat bis zur Fortbildung – muss ein besonderer Qualifizierungsschwerpunkt auf den Umgang mit der zunehmenden Heterogenität von Lerngruppen gelegt werden. Digitale Informations- und Kommunikationsmedien bieten eine große Chance, Lehren und Lernen differenzierter,

individueller und auch selbstbestimmter zu gestalten und die Eigenverantwortung der Lernenden zu stärken. Die durch die Corona-Pandemie gewachsene Bildungsungleichheit muss abgebaut werden. Um die bei Kindern und Jugendlichen entstandenen Lerndefizite auszugleichen und um sie in der weiteren Entwicklung der Sozialkompetenz zu unterstützen, müssen die entsprechend aufgelegten Förderprogramme in der Fläche umgesetzt, begleitend evaluiert und längerfristig vorgehalten werden.

Digitalisierung der Schulen verstetigen

Im Verlauf der Corona-Pandemie hat der Prozess der digitalen Transformation von Schulen einen bedeutenden Schub erfahren. Dieser muss nun mittel- und langfristig verstetigt werden. Es darf nicht sein, dass die vielfältigen, erfolgreichen Ansätze, die während der Pandemie entwickelt wurden, wieder verloren gehen und es zu einem Rollback hin zu altbewährten Formen des Lehrens und Lernens kommt. Auch in den Schulen muss in Zukunft ein „New Normal“ in der Gestaltung von Lehr- und Lernprozessen verankert werden. Eine innovative und zukunftsweisende Bildung muss aus einem Methodenmix aus Präsenzlernen, Onlinelernen und dem Einsatz digitaler Tools bestehen, in dem die Lernformen jeweils ihre Stärken ausspielen und sich sinnvoll ergänzen. Im Prozess der digitalen Transformation kommt der BayernCloud Schule dabei eine zentrale Rolle zu. Sie muss als Herzstück der bayerischen digitalen Bildungsstrategie zeitnah zu einer datenschutzkonformen und datensicheren All-in-One-Lösung für digitale Kommunikation und Kollaboration, für Lehr- und Lerninhalte sowie für die zentrale Nutzerverwaltung umgesetzt und zur Verfügung gestellt werden.

Bildung für nachhaltige Entwicklung weiter ausbauen

Um heutige und zukünftige Herausforderungen meistern zu können, brauchen wir einen Ausgleich zwischen Wirtschaft, Umwelt und Sozialem. Diese drei Bereiche müssen in einem engen Zusammenhang betrachtet werden. Den Schüler*innen müssen Handlungskompetenz und das Bewusstsein vermittelt werden, dass sie einen aktiven Beitrag zu einer Welt der Nachhaltigkeit und des Wohlergehens leisten können. Zur Stärkung der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) müssen die Länder in der Kultusministerkonferenz verbindliche Vorgaben zur Umsetzung schaffen. Auf der Landesebene bedarf es einer Stärkung des fächerübergreifenden Prinzips und der Verankerung von BNE in allen Schulfächern. Weiterhin müssen innovative Lehr- und Lernformate entwickelt werden, die den Erwerb eines differenzierten und mehrdimensionalen Wissens zu Nachhaltigkeit ermöglichen und zudem zur konkreten Anwendung in der Praxis befähigen und motivieren. Schließlich muss BNE systematisch in die Unterrichtsentwicklung und Professionalisierung der Lehrkräfte integriert werden.

Studierende optimal auf den Arbeitsmarkt vorbereiten

Digitalisierung an den Hochschulen voranbringen

Digitale Bildung muss in die Hochschullehre flächendeckend und in allen Fächern nachhaltig integriert und die Qualität der digitalen Lehr- und Lernformen deutlich erhöht werden. Mit mehr und qualitativ hochwertiger Weiterbildung müssen die digitalen Kompetenzen der Lehrenden kontinuierlich verbessert werden. Neben der Notwendigkeit, deutlich mehr

Informatiker*innen erfolgreich zum Abschluss zu führen, muss eine digitale Grundausbildung fächerübergreifend für alle Studierenden gewährleistet werden.

Studienerfolg erhöhen, Abbrecherquote senken

Die Studienabbruchquote von derzeit 28 Prozent der Bachelorstudierenden in Deutschland ist weiterhin viel zu hoch. Die Qualität der Lehre und die Studienbedingungen müssen verbessert werden. Dies gilt insbesondere im MINT-Bereich und für die internationalen Studierenden, deren Studienabbruchquoten noch viel höher liegen. Um mehr Studierende zum Erfolg zu führen, müssen Politik und Hochschulen gute Praxisbeispiele in die Fläche führen und gezielt in Unterstützungsmechanismen investieren.

Wissenschaftliche Weiterbildung ausbauen

Die wissenschaftliche Weiterbildung muss noch intensiver ausgebaut werden, insbesondere in Zukunftsbereichen, wie Künstliche Intelligenz, Big Data und der Gestaltung des digitalen Transformationsprozesses. Ziel muss ein transparentes System mit hohen Qualitätsstandards sein, insbesondere auch für Kurzformate. Auch muss die Vermarktung dieser Angebote massiv verstärkt werden. Eine intensive Zusammenarbeit mit privaten und etablierten Weiterbildungsanbietern kann positive Chancen eröffnen, weil die Marktdurchdringung hier bereits gegeben ist und nicht neu und mit hohem Ressourceneinsatz aufgebaut werden muss.

Berufliche Ausbildung erfolgreich gestalten

Übergang von der Schule in die Ausbildung weiter optimieren

Es ist ein Prozess nötig, der Maßnahmen des Übergangssystems von der Schule in die Ausbildung koordiniert evaluiert, wo nötig, sinnvoll zusammenfasst sowie bündelt und optimal ausrichtet. Bewährte Maßnahmen sollten in die Fläche getragen und kontinuierlich den Anforderungen angepasst werden. So kann das Übergangssystem effizienter werden und dem Anspruch genügen, jedem Talent eine Chance zu geben.

Digitales Lehren und Lernen an den bayerischen Berufsschulen weiter vorantreiben

Die während der Corona-Pandemie gesammelten Erfahrungen des digitalen Lehrens und Lernens gilt es nun, systematisch zu evaluieren, ggf. in Modellprojekten weiterzuentwickeln und für den Unterricht sowie für Nischenangebote, wie die Teilzeitausbildung, nutzbar zu machen. Die technische Ausstattung und die Personalentwicklung müssen fortlaufend aktualisiert werden, um die betrieblichen Anforderungen noch besser abbilden zu können.

Ausbildungsabbrüchen entgegenwirken

Die Beruflichen Schulen müssen dazu beitragen, die Ausbildungsabbrüche zu senken. Als Vermittler des handlungsorientierten, theoretischen Wissens können sie frühzeitig Probleme erkennen und dabei helfen, Abbrüchen entgegenzuwirken, beispielsweise durch den regelmäßigen Austausch mit den Ausbildungsbetrieben und den frühzeitigen Hinweis auf das breite Angebot von Förderoptionen.

Auf gezielte Weiterbildung statt Gießkannenprinzip setzen

Transparentere Angebote schaffen, um Transformation durch Qualifizierung zu begleiten

Es gilt, einem potenziellen Mismatch am Arbeitsmarkt – Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Fachkräftemangel – aktiv mit einer stark ausgeprägten und gezielten Qualifizierung und Weiterbildung entgegenzuwirken. Für die Weiterbildung gibt es vielfältige Angebote und Initiativen, deren Bekanntheitsgrad weiter zu steigern ist.

Keinen bayerischen Bildungsurlaub schaffen

In Zeiten des hohen Fachkräftebedarfs in vielen Teilen der Wirtschaft wäre ein bayerisches Bildungsfreistellungsgesetz eine falsche politische Weichenstellung. Es darf nicht zu einer Einschränkung des Arbeitsvolumens durch einen gesetzlichen Anspruch auf Freistellungstage kommen. Vielmehr muss die Ausweitung des bestehenden Arbeitszeitpotenzials, zum Beispiel durch die Erhöhung der individuellen regelmäßigen Wochenarbeitszeit im Rahmen der gesetzlichen Grenzen, das Ziel des politischen Handelns sein.

Geflüchtete erfolgreich in das Bildungssystem integrieren

Schnellere Integration in das Bildungssystem erreichen

Um eine erfolgreiche Integration zu gewährleisten, sollten geflüchtete Kinder und Jugendliche so weit wie möglich ohne Wartezeiten Zugang zu Bildung erhalten. Es müssen individuell geeignete Angebote für jedes einzelne Kind bereitgestellt werden. Dies kann sowohl die direkte oder schnelle Integration in Regelklassen bedeuten als auch die übergangsweise Beschulung in Vorbereitungsklassen. Es sollten außerdem bedarfsorientierte Beschulungskapazitäten in allen Schularten (nicht nur an Mittelschulen) geschaffen werden, um den unterschiedlichen Begabungen gerecht zu werden.

Berufsintegrationsklassen bedarfsgerecht ausbauen

Geflüchtete Jugendliche, die berufsschulpflichtig sind, müssen weiterhin flächendeckend in Bayern die Möglichkeit erhalten, eine Berufsintegrationsklasse für ein oder zwei Jahre zu besuchen. Die Chance dieser Zielgruppe auf eine echte und nachhaltige Ausbildung- und Arbeitsmarktintegration wird so signifikant erhöht.

5 Verkehrsinfrastruktur flächendeckend ausbauen

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist die Grundlage für Mobilität, Logistik, Produktion und Export und sichert damit auch die Leistungsfähigkeit nationaler und internationaler Wertschöpfungsketten. Zudem gewährleisten bedarfsgerechte Verkehrsnetze die gute Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen. Es geht darum, in alle Verkehrsträger zu investieren.

Fernverkehrsströme durch Investitionen in die Straße entzerren

Im Straßenverkehr müssen die Fernverkehrsströme entzerrt und die Ballungsräume entlastet werden. Dafür gilt es, gezielt in Ballungsräumen zu investieren und die Bundesstraßen als Querverbindungen zu Autobahnen autobahnähnlich auszubauen. So sollten beispielsweise die B15neu, die B20 und die B85 zu leistungsfähigen Querverbindungen zwischen den Ost-West-Autobahnen A94, A92, A3 bis zur A6 und der A8 im Bereich Rosenheim ausgebaut werden. Die B20 kann nur mit einem durchgehenden, autobahnähnlichen Ausbau ihrer vollen Bedeutung als Entwicklungsachse für Ostbayern gerecht werden.

Tank- und Ladeinfrastruktur für klimafreundlichen Straßenverkehr zügig aufbauen

Für die gesamte Straßeninfrastruktur ist für eine zügige Ausstattung mit einer ausreichenden Anzahl an Ladepunkten (Elektromobilität) und Tankstellen (Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe) für alternative Antriebe zu sorgen. In der Elektromobilität muss der Ausbau der Ladeinfrastruktur parallel zur Zunahme der Elektrofahrzeuge erfolgen. Auch die Tank- und Ladeinfrastruktur für Lkw muss deutlich vorangebracht werden. Dabei sind insbesondere auch die Anforderungen des Schwerlastverkehrs zu berücksichtigen, beispielsweise mit ausreichend groß dimensionierten Haltemöglichkeiten.

Schiene: Verknüpfung mit internationalen Verkehrsachsen verbessern

Notwendig sind Verbesserungen bei der Infrastruktur, wie die weitere Elektrifizierung von Schienenstrecken und die Beseitigung von Engpässen. Der Ausbau von Schienenknoten muss rasch vorangebracht und das deutsche Kernnetz besser mit internationalen Verkehrsachsen verknüpft werden. Die Brenner-Route ist ein wichtiges Beispiel. Schon vor der notwendigen Realisierung des Brenner-Basistunnels und der Zulaufstrecken sind hier Verbesserungen möglich. Mit unserem Projekt „Klimafreundlicher Brennertransit“ haben wir mit zielgruppengerechten Informationen einen Beitrag dazu geleistet und aufgezeigt, was von staatlicher Seite kurz- bis mittelfristig zu tun ist. Dazu zählt beispielsweise die Einrichtung einer umfassenden, länderübergreifenden Informationsplattform.

Wasserstraße: Donau zunächst nach Variante A und mittelfristig nach Variante C280 ausbauen

In Bayern bleibt die Nutzung der Donau bisher hinter der möglichen Kapazität zurück. Es ist daher zu begrüßen, dass der Donauausbau vorgebracht und die Donau in einem ersten Schritt nach Variante A ausgebaut wird. Damit werden auch die Maßnahmen für den umfangreichen Hochwasserschutz weiter vorangetrieben. Mittelfristig muss das Ausbauziel die Variante C280 sein, um das Leistungsvermögen der übrigen Main – Donau – Wasserstraße voll ausschöpfen zu können.

Luftverkehr: Drehkreuzfunktion des Flughafens München sicherstellen, Bahnanbindung verbessern

Nur mit einer zukunftsfähigen Aufstellung des Flughafens München als internationales Luftverkehrsdrehkreuz können langfristig dessen Funktionen als wichtiger Teil der Lieferketten der Unternehmen und für eine zunehmend nachhaltige Personenbeförderung gewährleistet werden. Eine zukunftsgerichte Anbindung des Flughafens München muss daher auf eine moderne und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur für den Transport von Personen und Gütern setzen. Hierfür sind der Ausbau der Bahnstrecke ABS 38 München – Mühldorf – Chemiedreieck – Freilassing (zwei Gleise und Elektrifizierung) sowie die Verbindung von ABS 38 und Erdinger Ringschluss über die Walpertskirchener Spange wesentliche Bestandteile. Darüber hinaus ist eine Anbindung an den Schienenpersonenfernverkehr mit ICE-Halt am Flughafen München überfällig.

Gute Anbindung von Verkehrsdrehscheiben sicherstellen

Besonderer Anpassungsbedarf entsteht bei den wichtigen Verkehrsknotenpunkten Flughäfen, Bahnhöfen, Häfen und Logistikzentren. Zentrale Aufgaben sind das Schaffen von staufreien Anbindungen und attraktiven Parkangeboten - die speziell für Carsharing und künftig hochautomatisiertes und autonomes Fahren aufgerüstet werden müssen - sowie eine komfortable Schienenanbindung an Fern- und Nahverkehre.

Für ausreichende Ausstattung mit Güterverkehrs- und Logistikzentren sorgen

Notwendig ist eine insgesamt und für die einzelnen Landesteile individuell ausreichende Ausstattung mit Güterverkehrs- und Logistikzentren. Diese werden durch die starke Vernetzung produzierender Unternehmen und Onlinehandel auch regional immer wichtiger.

Fahrradinfrastruktur intelligent modernisieren

Die Mobilität per Fahrrad, E-Bike und Pedelec wird immer beliebter. Um diese umwelt-schonende Form der Mobilität zu fördern, gleichzeitig aber den motorisierten

Verkehrsinfrastruktur flächendeckend ausbauen

Individualverkehr nicht aus den Städten zu verdrängen, ist ein intelligentes Miteinander der Verkehrsträger nötig. Beim Aus- bzw. Neubau der Radwege-Infrastruktur ist die Notwendigkeit innerstädtischer Verbindungen durch Schnellwege ebenso zu beachten wie regionaler Direktverbindungen. Dabei sollten allerdings nicht mehrere Parallelwege entstehen, sondern man sollte sich für Hauptverbindungen entscheiden.

Intermodales Gesamtverkehrssystem weiterentwickeln

Das bereits bestehende intermodale Gesamtverkehrssystem, in dem sich die Verkehrsträger Straße, Schiene, Schifffahrt und Luftverkehr gegenseitig ergänzen, muss weiterentwickelt und verbessert werden. Auch künftig haben alle Verkehrsträger ihre Berechtigung im Mobilitätssystem. Ihre optimale Nutzung erfordert den verstärkten Einsatz verkehrsbezogener Kommunikations- und Informationsmittel. Die einzelnen Verkehrsträger müssen dabei über hoch funktionale Schnittstellen und digitale Steuerungsmöglichkeiten eng miteinander vernetzt werden.

6 Breitband- und Mobilfunknetze voranbringen, Digitalisierung verstärken

Bei den digitalen Netzen Bayerns hat sich in den letzten Jahren viel getan – die bayerische Ausbau- und Förderpolitik wirkt und sorgt für eine immer bessere Abdeckung in der Fläche. Bayern ist hier auch im Ländervergleich vorne. Allerdings kann das Ausbautempo noch nicht mit dem wachsenden Bedarf von Unternehmen und Gesellschaft Schritt halten. Deswegen ist hier weiterhin ein ambitioniertes Ausbautempo notwendig. Zudem gilt es, die Potenziale der digitalen Transformation auf allen Ebenen noch intensiver zu nutzen. Schließlich ist die Digitalisierung die zentrale Wertschöpfungschance und der Schlüssel zum Meistern wesentlicher gesellschaftlicher Herausforderungen.

Ambitionierte Ausbauziele beim Breitband verfolgen

Die Bayerische Staatsregierung hat sich zu Recht das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2025 in ganz Bayern Netze zur Verfügung zu stellen, die den Datenaustausch auf Gigabitniveau ermöglichen. Schlüsseltechnologien dafür sind der Glasfaserausbau und ein flächendeckender 5G-Mobilfunk. Um das Ausbautempo weiter zu beschleunigen, gilt es, an den ambitionierten Zielen festzuhalten und die Umsetzung noch konsequenter anzugehen.

„Pakt Digitale Infrastruktur“ zügig umsetzen, Genehmigungsverfahren beschleunigen

Die Bayerische Staatsregierung hat mit den Kommunen einen „Pakt Digitale Infrastruktur“ abgeschlossen. Dabei geht es vor allem um vereinfachte Genehmigungsverfahren für Mobilfunkmasten, alternative Verlegungsmethoden für Glasfaser, eine einfache Nutzung öffentlicher Liegenschaften für Funkmasten und die bessere Koordination von Ausbauprojekten. Dieser Pakt muss nun entschlossen umgesetzt werden. Auf Bundesebene sind flankierende Maßnahmen, wie die Vereinfachung der Breitbandförderung notwendig.

Akzeptanz für Mobilfunkausbau erhöhen

Der Aufbau eines hochleistungsfähigen Mobilfunknetzes scheitert noch zu oft an Widerständen vor Ort gegen den Mastenbau. Es gilt, mit einer weiteren Intensivierung der Informationskampagnen den regelmäßig auf Missverständnissen beruhenden Bürgerbedenken entgegenzuwirken.

Schwerpunkt der Ausbaupolitik stärker auf unternehmerischen Bedarf ausrichten

Unternehmen sind immer stärker auf hohe und verlässlich verfügbare Bandbreiten angewiesen – nicht nur am Standort, sondern angesichts der zunehmenden Bedeutung mobiler Arbeit flächendeckend. Die Ausbaupolitik muss künftig ihre Schwerpunkte dort setzen, wo die Daten besondere Versorgungsdefizite zeigen: bei der Glasfaseranbindung von Gewerbegebieten, der Mobilfunk-Abdeckung regionaler Verkehrsstrecken auf Straße und Schiene sowie beim Ausbau des Mobilfunknetzes in denjenigen Kommunen, in denen der Mobilfunkausbau auf Widerstand stößt und deshalb besonders langsam vorangeht.

Alle Branchen in der digitalen Transformation bedarfsgerecht begleiten

Verfügbare digitale Anwendungen, insbesondere auf Feldern, wie Automatisierung, KI, Robotik, Extended-Reality-Technologien, Sicherheitstechnologien und Datenauswertung, müssen in der gesamten Breite der Gesellschaft (unter anderem Industrie, Gesundheitswesen, Verwaltung) genutzt werden, damit sich das Potenzial der digitalen Transformation entfalten kann. Die Wirtschaft muss – bei Bedarf mit branchenspezifischen Angeboten – in diesem Transformationsprozess begleitet werden: mit Informationen, mit einer Beratung über die bestehenden Möglichkeiten und Chancen, mit Unterstützung bei der Vernetzung und der Verbreitung von Best Practice und auch mit weiteren Pilotprojekten, Demonstrations- und Anwendungszentren. Förderprogramme müssen bedarfsgerecht fortgeschrieben werden, beispielsweise für die Erhöhung der Cyber-Sicherheit.

Digitalisierung vorantreiben: Potenziale der Datenwirtschaft heben

Um die Wettbewerbsfähigkeit deutscher und europäischer Unternehmen in der Datenwirtschaft zu steigern, müssen bestehende datenschutzrechtliche und datenrechtliche Hemmnisse abgebaut werden. Für Anwender müssen ein chancenorientierter und verlässlicher Rechtsrahmen geschaffen, beziehungsweise die Möglichkeiten klar aufgezeigt werden, um ihnen die erforderliche Handlungssicherheit zu geben. Während der Zugang zu Unternehmensdaten auf freiwilliger vertraglicher Basis geregelt werden muss, sind mit Steuermitteln erhobene Daten grundsätzlich in maschinenlesbarer Form zeitnah über geeignete Schnittstellen zur Verfügung zu stellen (Open Data).

7 Bayern entbürokratisieren, Verwaltung beschleunigen

Unnötige bürokratische Belastungen sind ein Dauerthema und stellen ein drohendes Wachstumshemmnis für die Wirtschaft dar. Sie binden Ressourcen in den Unternehmen und hemmen Innovationen. Wo sich gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen so rasch und grundlegend ändern, dass von einer Zeitenwende gesprochen wird, muss auch die Chance zur Deregulierung und zum Bürokratieabbau dringender denn je ergriffen und mit Nachdruck vorangetrieben werden.

Bürokratievermeidung bereits im Gesetzgebungsverfahren verankern

Ebenso wichtig, wie der Abbau bestehender Belastungen, ist ein systematisches Screening zur konsequenten Früherkennung und Vermeidung unnötigen Bürokratieaufwandes im Rahmen neuer Gesetzesvorhaben. Hierzu brauchen wir eine konsequente Umsetzung und standardisierte Einführung folgender Verfahrensgrundsätze:

- Die Überprüfung von ausnahmslos jedem neuen Rechtsetzungsvorhaben in Bezug auf Notwendigkeit, Alternativen, Regelungsumfang, Geltungsdauer und das Verhältnis von Kosten und Nutzen.
- Die Verbesserung der Praktikabilität und Benutzerfreundlichkeit staatlicher Regulierungen und Abläufe durch verpflichtende Praxis-Checks.
- Die bessere Vernetzung von Behörden und die generelle Einführung von „Only once“-Erhebungen. Mehrfacherhebungen können durch eine behördeninterne Abstimmung weitestgehend vermieden werden.
- Die systematische Ex-post-Evaluierung von umgesetzten Gesetzesvorhaben im Hinblick auf Zielerreichung, Kostenfolgen und Benutzerfreundlichkeit.
- Die konsequentere Einhaltung des Prinzips „One in, two out“, welches sich nicht nur an der Gesamtzahl der bürokratierlevanten Vorschriften, sondern insbesondere auch am Umfang des einzusparenden Bürokratieaufwandes (Bürokratiekosten) orientieren muss.

Qualitäts- und Leistungsvergleiche innerhalb Deutschlands in Bezug auf Bürokratieabbau durchführen

Wir fordern die regelmäßige Vornahme eines Qualitäts- und Leistungsvergleichs innerhalb Deutschlands (Benchmarking) zur Ermittlung erfolgreicher Entbürokratisierungsmodelle mit Vorbildcharakter bzw. zur Identifikation von Fehlentwicklungen.

E-Government weiter ausbauen

Wesentliche Voraussetzung für einen effektiven Bürokratieabbau ist der Ausbau des E-Governments. Informationstechnologien müssen viel stärker als bislang auch bei Verwal-

tungsangeboten etabliert werden. Nur so können Mehrfacherhebungen derselben Personaldaten vermieden und Antragsverfahren erleichtert und beschleunigt werden. Die konsequentere Anwendung von Online-Verfahren würde administrative Auflagen für Unternehmen in allen Regulierungsbereichen erheblich vereinfachen und in ihrer Umsetzung beschleunigen. Auch auf Seiten der Behörden lassen sich auf diesem Wege deutliche Effizienzgewinne erzielen. Bis Ende 2022 sollten nach dem Onlinezugangsgesetz bundesweit alle Verwaltungsleistungen elektronisch abgewickelt werden können, nach dem Bayerischen E-Government-Gesetz war dies bei Anträgen für die wichtigsten Verwaltungsleistungen bereits bis Ende 2020 geplant. Auf beiden Ebenen sind die bisherigen Fortschritte transparent zu evaluieren und offenkundige Hindernisse beim Gesetzesvollzug auszuräumen.

Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen

Unter dem Druck der für die Energieversorgung notwendigen Infrastrukturvorhaben wurden bereits erfolgreich Beschleunigungsmaßnahmen im Planungs- und Genehmigungsrecht ergriffen. Hierzu gehören der Verzicht auf Umweltverträglichkeitsprüfungen, die Reduzierung der Auslegungsfristen für Plan- oder Genehmigungsunterlagen, die Verkürzung von Einwendungsfristen, die nur optionale Durchführung von Erörterungsterminen und Regelvermutungen für ein überragendes öffentliches Interesse. Auch wenn eine generelle Übertragbarkeit auf jedwede Vorhaben ausgeschlossen sein sollte, sind alle planungsrechtlichen Prozesse künftig dahingehend zu überprüfen, ob diese bewährten Beschleunigungsmaßnahmen zumindest teilweise auch auf sonstige Vorhaben und Projekte der Wirtschaft angewandt werden können. Verfahrensbeschleunigung und Deregulierung dürfen zukünftig nicht auf seltene Ausnahmen und Notmaßnahmen beschränkt werden. Bei allen neuen und bestehenden Prozessen, gerade auch im Planungs- und Genehmigungsrecht, müssen künftig die Möglichkeiten der Verschlankung und zeitlichen Verkürzung voll ausgeschöpft werden.

Beteiligung der Öffentlichkeit bei Infrastrukturvorhaben effizienter gestalten

Die aktuellen Fristen und Einspruchsmöglichkeiten bieten Bürgern, Bürgerinnen und Initiativen noch sehr spät umfangreiche Beteiligungsmöglichkeiten und führen dadurch insgesamt zu langen Planungs- und Fertigstellungszeiten von Infrastrukturvorhaben. Die Beteiligungsverfahren laufen damit oftmals durch den verursachten zeitlichen und organisatorischen Aufwand aus dem Ruder. Notwendig sind besser strukturierte und zeitlich stark begrenzte Verfahren. Dabei bedarf es eines grundlegend neuen Ansatzes für die Beteiligung der Öffentlichkeit. Mögliche Ansätze sind:

- Verkürzung des Instanzenwegs, d. h. für definierte, wirtschaftlich wichtige Vorhaben sollten künftig nur noch allein das Bundesverwaltungsgericht oder die Oberverwaltungsgerichte zuständig sein.
- Schaffung zusätzlicher Kapazitäten am Bundesverwaltungsgericht und den Oberverwaltungsgerichten, um die deutlich zu lange Bearbeitungsdauer der Gerichtsverfahren zu verkürzen.

- Schaffung eines Kriterienkatalogs für Projekte, für die klassische Genehmigungsverfahren nicht mehr gelten sollen und stattdessen individuell angepasste, verkürzte Schnellverfahren eingeführt werden.
- Vorantreiben einer Digitalisierung der Öffentlichkeitsbeteiligung unter grundsätzlichem Ausschluss mündlicher Beteiligungsformen und Streichung aufwändiger Erörterungstermine vor Ort.
- Automatisierte Auswertungen öffentlicher Anhörungen durch geeignete Vorstrukturierungen.
- Harmonisierung der unterschiedlichen Fristen für die Beteiligung der Öffentlichkeit auf einheitlich maximal 30 Tage.

8 Wohnraum schaffen

Der Wohnungsbau bleibt erheblich hinter dem Bedarf zurück. Gründe dafür sind deutlich gestiegene Baupreise, höhere Finanzierungskosten sowie harte, energetische Auflagen. Als Antwort darauf sind verlässliche, kurz- und langfristige Förderimpulse mit Breitenwirkung, innovative Planungs- und Bauverfahren sowie ein effizienter Zugang zum nachhaltigen Bau und Betrieb von Gebäuden erforderlich.

Mehr Flächen ausweisen

Ein bayerisches Flächenkataster sollte neben bestehenden Baulandreserven auch Potenziale zum Bauen in die dritte Dimension aufzeigen. Kostenloses Erbbaurecht auf öffentlichem Grund sollte auch gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften zugänglich sein. Die 0,4H-Abstandsregel muss konsequent durchgesetzt werden. Landwirtschaftliche Flächen sollten ohne steuerliche Nachteile für den Wohnungsbau umgewidmet werden können.

Steuern und Gebühren beherrschbar halten

Bessere Abschreibungsregeln, insbesondere die degressive AfA, und entsprechende Optionen für selbstgenutztes Wohneigentum sind als Impulse für den Neubau notwendig. Bei der Grunderwerb- wie bei der Erbschaftsteuer gilt es, Länderkompetenzen bei Sätzen und Freibeträgen zu schaffen, mit denen sich Überlastungen vermeiden lassen. Baukostentreibende Honorarordnungen sollten angepasst werden.

Zusätzliche Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten schaffen

Die Bayerische Staatsregierung hat neue Förderinstrumente für den Wohnungsbau beschlossen; die Bundesregierung sollte rasch nachziehen. Die neuen Instrumente müssen schnell kommen, damit kostenbedingt aufgehaltene Bauvorhaben angegangen werden. Für attraktive große Quartiersprojekte sollten Versicherer als private Investoren gewonnen werden.

Erfolgreiche Wohnbau-Förderprogramme anderer Länder systematisch überprüfen und ggf. übernehmen

Andere Mitgliedstaaten der EU haben erfolgreiche Wohnbau-Förderprogramme aufgelegt, die auf Eignung für Bayern und Deutschland überprüft werden sollten. Ein wichtiges Beispiel ist das österreichische Mietkauf-Modell, das Zubau und Eigentumbildung fördert.

Bau von Mitarbeiterwohnungen erleichtern

Der Bau von Mitarbeiterwohnungen stößt auf erhebliche Hindernisse. Dieser Weg sollte in Förderprogrammen berücksichtigt werden. Zudem gilt es, Baugenehmigungen auf Werksgrundstücken und Umwidmungen leerstehender, anders genutzter Gebäude zu erleichtern.

Planungseffizienz ausbauen – Zeit und Qualität gewinnen

Planungseffizienz lässt sich gewinnen durch digitale Planungs- und Genehmigungsprozesse, digitale Beteiligungsverfahren, straff kanalisierte Einspruchsmöglichkeiten sowie vorausschauende Planung von Infrastrukturen, auf die bauliche Entwicklungen angewiesen sind. Ein wichtiges Beispiel dafür sind heute Fernwärme- und Fernkältenetze.

Baukosten durch effiziente und innovative Verfahren senken

Bereits verfügbare Instrumente wie Building Information Modeling (BIM) und die Arbeit mit digitalen Zwillingen sollten konsequent ausgerollt werden, denn mit ihnen lassen sich Planungskosten, Bauprozesskosten und Betriebskosten von Gebäuden erheblich senken. Den gleichen Zielen dienen Typpenehmigungen sowie serielles und modulares Bauen. Zahlreiche weitere, wichtige technologische Lösungen haben wir 2021 in der Studie *Constructing Our Future. Planen. Bauen. Leben. Arbeiten* beschrieben – sie alle müssen konsequent gefördert werden, unter anderem im Rahmen einer durchgehenden Vorbildfunktion der öffentlichen Hand bei all ihren Bauwerken.

Baunormen reduzieren

Vielfältige, teilweise widersprüchliche Normen belasten das Baugeschehen erheblich. Sie müssen praktikabel angepasst werden. Ein Schritt dahin ist der Gebäudetyp E. Er steht für einfaches, experimentelles Bauen, ausgerichtet am Kern der Schutzziele der Bayerischen Bauordnung: Standsicherheit, Brandschutz, gesunde Lebensverhältnisse, Umweltschutz.

Nachhaltigkeitsziele erreichbar halten

Überzogene Energieeffizienzanforderungen bremsen den Neubau aus. Nachhaltigkeitsziele müssen erreichbar bleiben. Dazu sollten Energieeffizienzziele für Gebäude optional durch CO₂-Effizienzziele ersetzt und technologieneutral realisiert werden können. Die Taxonomie für den Wohnungsbau muss praktikabel werden, damit Sustainable Finance nicht zum Hemmschuh wird. Kreislaufwirtschaft im Bauwesen setzt auch die Verfügbarkeit der dafür erforderlichen Flächen voraus.

KI-basiertes Daten- und Informationsnetzwerk „Bauen und Umwelt in Bayern“ einrichten

Um die für die anstehenden Aufgaben notwendigen Kompetenzen aufzubauen, gilt es, ein KI-basiertes Daten- und Informationsnetzwerk „Bauen und Umwelt in Bayern“ einzurichten und Initiativen zum Aufbau der für innovatives Planen und Bauen notwendigen Kompetenzen zu fördern. Forschungsförderung zu nachhaltigem Bauen muss gestärkt und besonders auf wirtschaftliche Effizienz ausgerichtet werden.

9 Gesundes Bayern bewahren

Eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Gesundheits- und Pflegeversorgung ist ein wichtiger Standortfaktor. Insbesondere im ländlichen Raum ist eine gute Infrastruktur im Bereich Gesundheit und Pflege wichtig, damit Unternehmen Mitarbeiter halten und neues Personal gewinnen können. Die Gesundheits- und Pflegewirtschaft ist aber auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor im Freistaat. So betrug die Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft zuletzt insgesamt über 64 Milliarden Euro. Die Branche wuchs in den vergangenen Jahren jährlich im Schnitt um 4,3 Prozent. Eine starke Gesundheitswirtschaft trägt daher auch dazu bei, die Wirtschaftskraft des Standorts Bayern zu sichern und auszubauen. Auch die künftige Staatsregierung muss die Gesundheitswirtschaft im Fokus behalten und sich für gute Versorgungsstrukturen in ganz Bayern einsetzen.

Flächendeckende Krankenhausversorgung erhalten

Eine aktuelle Umfrage der Bayerischen Krankenhausgesellschaft kommt zu dem Ergebnis, dass 89 Prozent der Kliniken in Bayern ein Defizit für das Jahr 2023 erwarten. Die Preissteigerungen und die anhaltenden Personalengpässe führen verstärkt zu einer wirtschaftlichen Schieflage der Krankenhäuser. Der Handlungsbedarf ist akut, unstrukturierte Klinikschließungen müssen verhindert werden. Der Vorstoß des Bundes für eine Krankenhausreform ist richtig. Klar ist aber auch, dass die Reform nicht zu dem Ergebnis führen darf, dass sich die Versorgungssituation in Bayern verschlechtert. Wir unterstützen ausdrücklich die Anstrengungen des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege, auf Bundesebene die nötigen Korrekturen in dem Reformprozess durchzusetzen, um der spezifischen Versorgungssituation in den einzelnen Ländern Rechnung zu tragen.

(Fach-)Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen

Bayern braucht eine gute ärztliche Versorgung in Stadt und Land. Um eine gute Versorgung im ländlichen Raum sicherzustellen, müssen die folgenden Punkte konsequent weiterverfolgt werden:

- Effiziente Vernetzung von ambulanten und stationären Versorgungsstrukturen, um Grund- und Regelversorgung im ländlichen Raum zu stärken.
- Förderung von Niederlassungen von Haus- und Fachärzten und MVZ im ländlichen Raum.
- Weiterer Ausbau der Telemedizin.
- Ausbau- und Fortführung der bayerischen Initiativen (z. B. bayerische Landarztquote, BeLa-Programm (Beste Landpartie Allgemeinmedizin)), um angehende Ärzt*innen gezielt für den ländlichen Raum zu gewinnen.

Pflegeversorgung gewährleisten

Derzeit leben rund 580.000 Pflegebedürftige in Bayern. Bis zum Jahr 2050 werden voraussichtlich bis zu einer Million Menschen im Freistaat pflegebedürftig sein. Um auch künftig eine gute Versorgung der Pflegebedürftigen sicherzustellen, braucht es neben der Infrastruktur von stationären Pflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegediensten vor allem ausreichend Pflegepersonal. Gelingt es nicht, den Fachkräftebedarf in der Pflege zu decken, werden sich branchenübergreifend Fachkräftengpässe verschärfen, weil Beschäftigte für die Pflege ihrer Angehörigen einspringen müssen. Wir begrüßen ausdrücklich die angestoßenen Maßnahmen des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege, um die Pflege in Bayern zu stärken. Dieser Kurs muss auch in der nächsten Legislaturperiode konsequent weitergeführt werden.

Bayern als Reha-Land Nummer eins bewahren

Von den mehr als 1.100 Reha- und Vorsorgekliniken in Deutschland befindet sich fast ein Viertel in Bayern. Die Reha- und Vorsorgeinfrastruktur ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für den Freistaat Bayern. Sie sorgt insbesondere im ländlichen Raum für Wertschöpfung und trägt so zum Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse bei. Durch die Corona-Pandemie, explodierende Energiekosten sowie die allgemeinen Preissteigerungen sind viele Einrichtungen in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. Gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege setzt sich die vbw für den Erhalt der Reha-Landschaft in Bayern ein. Unser gemeinsames Ziel ist es, die Reha- und Vorsorgekliniken in Bayern durch diese schwierige Situation zu begleiten und in eine erfolgreiche Zukunft zu führen. Dieses Interesse werden wir auch in der nächsten Legislaturperiode weiterverfolgen.

Industrielle Gesundheitswirtschaft in Bayern weiter ausbauen

Die industrielle Gesundheitswirtschaft trug zuletzt mit knapp 14 Milliarden Euro zur Bruttowertschöpfung in Bayern teil. Zu ihr gezählt werden Zukunftsbranchen, wie die pharmazeutische Industrie, die Medizintechnik und die Biotechnologie sowie der Bereich E-Health. Bayern verfügt durch seine Hochschul- und Wissenschaftslandschaft, die guten medizinischen Versorgungsstrukturen und einen starken industriellen Kern über optimale Ausgangsbedingungen, um die industrielle Gesundheitswirtschaft weiter auszubauen. Zudem können so auch eine Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur in Bayern vorangetrieben und die Transformation aktiv gestaltet werden. Die bestehenden Ansätze zur Stärkung der industriellen Gesundheitswirtschaft in Bayern müssen daher konsequent weiterverfolgt und ausgebaut werden.

10 Vielfalt der bayerischen Wirtschaftsstruktur erhalten

Der Wirtschaftsstandort Bayern zeichnet sich durch eine einmalige Vielfalt aus, die auf drei starken Säulen basiert: Neben einer starken Industrie verfügt Bayern über einen starken Dienstleistungssektor sowie ein traditionell gewachsenes Handwerk. Die Vielfalt der Wirtschaftsstruktur Bayerns zeigt sich zudem in dem Mix aus Großunternehmen sowie kleinen und mittelständischen Firmen. Zur Vielfalt gehört drittens die flächendeckende Ansiedlung von Unternehmen – sowohl in den Ballungsräumen als auch in ländlichen Regionen. Diese vielfältige Wirtschaftsstruktur ermöglicht eine breite Wertschöpfungskette und ist der entscheidende Erfolgsfaktor für die Wirtschaftsentwicklung und das hohe Maß an Wohlstand im Freistaat.

Für die vbw ist entscheidend: Der wirtschaftliche Erfolg Bayerns beruht auf der breiten Vielfalt seiner Wirtschaftsstruktur. Diese Vielfalt muss erhalten bleiben. Hierzu gilt es, die Transformation der Wirtschaft aktiv zu gestalten. Wir stehen vor einem Strukturwandel. Die damit verbundenen Herausforderungen müssen wir selbst in Angriff nehmen und so verhindern, dass tragende Säulen unserer Wirtschaft massiv geschwächt werden oder gar ganz wegfallen.

Um Bayern in eine gute Zukunft zu führen, darf keine dieser Säulen wegbrechen oder geschwächt werden. Denn: Die Vielfalt der Wirtschaftsstruktur Bayerns sichert nicht nur den materiellen Wohlstand im Freistaat. Sie garantiert auch eine hohe Lebensqualität und ist Ausdruck der bayerischen Identität – quer durch den gesamten Freistaat. Das Wirtshaus um die Ecke ist ein Ort der Begegnung und des Austauschs. Zudem fördert es den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Metzger und die Bäckerei am Ort bedeuten nicht nur kulinarische Vielfalt. Sie machen die Innenstädte ebenso lebenswert wie der stationäre Einzelhändler, ohne den die Innenstädte zu veröden drohen.

Bayern steht aufgrund seiner Vielfalt hervorragend da. Trotzdem gibt es Risiken für jede einzelne Säule der bayerischen Wirtschaftsstruktur. Die Industrie sieht sich mit der großen Herausforderung des klimaneutralen Umbaus, generell hohen Kosten und hohen Energiepreisen sowie instabilen Lieferketten konfrontiert. Das Handwerk leidet besonders stark unter dem Fachkräftemangel, das Baugewerbe berichtet aktuell infolge der gestiegenen Zinsen von verschobenen oder ganz abgesagten Bauprojekten. Der Dienstleistungssektor, insbesondere der Hotel- und Gaststättenbereich sowie der Einzelhandel, hat immer noch mit den Folgen der Corona-Pandemie zu kämpfen. Zudem leiden auch diese Branchen unter einem massiven Fachkräftemangel und der hohen Inflation sowie den Energiepreisen.

Jede Säule des Wirtschaftsmodells Bayern stark halten

Die vbw fordert die künftige Staatsregierung auf, sich für den Erhalt der gesamten Vielfalt und Breite der bayerischen Wirtschaft einzusetzen – und zwar flächendeckend im ganzen Land. Es geht nicht nur um Wohlstand, sondern um die Identität Bayerns. Keine einzige

Säule darf aufgegeben werden. Denn die tragenden Säulen der Wirtschaft Bayerns sind untereinander in einem engen Wertschöpfungsnetzwerk verbunden. Wenn auch nur Teile dieser Wertschöpfungskette wegbrechen, droht ein Dominoeffekt.

Auf allen politischen Ebenen für gute Standortbedingungen in Bayern eintreten

Um das Wegbrechen von Teilen der Wertschöpfungskette zu vermeiden, sind alle politischen Ebenen gefordert. Die Staatsregierung muss sich einerseits gegenüber Brüssel und Berlin für gute Rahmenbedingungen einsetzen. Zentraler Ansatzpunkt sind hier geringere Kostenbelastungen und weniger Bürokratie. Ein Belastungsmoratorium muss das Ziel sein. Zugleich gilt es, in Bayern weiter in die Standortqualität zu investieren – etwa in Infrastruktur (Verkehr und Breitband) – und eine konsequente Ansiedlungspolitik zu betreiben. Schließlich muss dafür gesorgt werden, dass kein Unternehmen mit Perspektive im Stich gelassen wird. Es gilt aber auch, die Kommunen dabei zu unterstützen, den Strukturwandel vor Ort aktiv zu begleiten und zum Beispiel bestehende Gewerbegebiete zukunftsfähig zu machen. Zudem sind die Kommunen gefragt, mit innovativen Konzepten die Infrastruktur und die Innenstädte zu erhalten.

11 Technologische Chance nutzen

Bayerische Forscher und Entwickler rangieren auf vielen Technologiefeldern weit oben. Innovationen sind ein entscheidender Schlüssel für unsere Wettbewerbsfähigkeit und schaffen branchenübergreifend und in unterschiedlichsten Kontexten Mehrwert. Dies gilt etwa für digitale Querschnittstechnologien wie Künstliche Intelligenz (KI), Robotik und XR-Technologien. In besonderer Weise gilt es aber auch für sämtliche Klimaschutz- bzw. Nachhaltigkeitstechnologien. „Innovationen. Made in Bavaria“ ist auch und gerade auf diesem Feld ein Aushängeschild des Freistaats.

Forschung fördern und Ergebnisse in die Praxis transferieren

Förderprogramme, vor allem für industrielle Anwendungen, müssen weiter ausgebaut und laufend auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Für eine breitere Nutzung empfehlen sich sowohl die beschleunigte Umsetzung der vollständigen Digitalisierung von Förderverfahren als auch der Ausbau bestehender Lotsen-Funktionen. Mit der Erstellung einer digitalen Forschungslandkarte können die laufenden Aktivitäten deutlich besser transparent gemacht und neue Kooperationspartner leichter gefunden werden.

Erfolgreiche Entwicklungen – beispielsweise im Energiebereich – müssen gefördert und bekannt gemacht werden, auch wenn ihre Haupteinsatzgebiete voraussichtlich außerhalb Bayerns liegen werden. Auf diese Weise können Exportmärkte erschlossen werden. Zugleich wird ein wirksamer Beitrag zur globalen Nachhaltigkeit geleistet.

Hightech Agenda Bayern verstetigen

Auf den wichtigsten Feldern müssen technologische Spitzenleistungen das Ziel bleiben, bloßes Mithalten genügt nicht. Zu Recht denkt die Hightech Agenda daher in wichtigen Bereichen wie KI oder Robotik in großen Maßstäben. Diese Anstrengungen gilt es fortzusetzen und weitere wichtige Felder, etwa im Bereich der verschiedenen Klimaschutztechnologien, zu stärken. Ganzheitliche Herangehensweisen (Systemdenken, Systems Engineering) sind unabdingbar und müssen ebenfalls verankert werden.

Neben der Forschungsförderung muss gerade auch im Hightech-Bereich der Transfer in die Praxis mitbedacht werden. Wichtige Elemente sind der Aus- und Aufbau bayerischer Technologietransferzentren und zusätzliche Pilot- und Demonstrationsanlagen im industriellen Maßstab.

Innovationsfreundliche, chancenorientierte Rahmenbedingungen schaffen

Innovationsfreundlichkeit und Chancenorientierung müssen sich sowohl im Rechtsrahmen widerspiegeln als auch im gesellschaftlichen Klima, damit der Standort wie ein Magnet auf hochkarätige Forscher, sonstige Fachkräfte, Unternehmen und Investitionen wirkt. Daran

gilt es, beständig zu arbeiten. Dazu zählt auch, dass die öffentliche Hand ihrer Vorbildfunktion gerecht wird und neue Technologien im eigenen Bereich konsequent einsetzt. Das gilt für klimafreundliche Gebäude ebenso, wie für eine intelligente Datennutzung, beispielsweise im Gesundheitswesen.

Aktive Standortpolitik für die Transformation betreiben

Bayern muss seine jüngst erlangte Spitzenposition im Start-up-Bereich halten und ausbauen. Dazu gilt es, die Anlaufstellen und Unterstützungsmöglichkeiten noch bekannter zu machen, einschließlich der Chancen wissenschaftlicher Ausgründungen und der Vernetzung mit etablierten Unternehmen. Das Innovationspotenzial von Start-ups muss gezielt auch für die Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen genutzt werden, beispielsweise über regelmäßige Wettbewerbe/Challenges und eine entsprechende Ausgestaltung von Vergabeverfahren.

Mit einer gezielten Strategie müssen vor allem die großen Veränderungsprozesse flankiert werden, wie sie sich beispielsweise in der Automobilwirtschaft abzeichnen. Ziel muss die Abbildung kompletter Wertschöpfungsketten sein, etwa rund um das Thema Batterie (einschließlich Design und Kreislaufwirtschaft), sowohl durch Angebote für etablierte Unternehmen als auch die Ansiedelung neuer Akteure. Ebenso ist eine enge Verzahnung mit der Flächenpolitik unabdingbar – nicht nur für Produktionsstätten, sondern z. B. auch für Recyclinganlagen und die Energieerzeugung.

12 Für ein starkes Bayern in Berlin und Brüssel sorgen

Viele wichtige politische Entscheidungen, die die Standortqualität Bayerns maßgeblich bestimmen, werden nicht in München, sondern in Berlin und Brüssel getroffen. Damit Bayern weiter erfolgreich bleibt, müssen auch dort die Weichen richtig gestellt werden. Bayern muss hier seinen Einfluss geltend machen und sich für gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft einsetzen. Der größte Standortnachteil Bayerns, die hohe Kostenbelastung, hat ihren Ursprung nicht in bayerischen Regeln. Verantwortlich hierfür sind vielmehr bundes- und europarechtliche Vorgaben. Hier muss dringend umgesteuert werden.

Belastungsmoratorium auf Bundes- und EU-Ebene realisieren

Angesichts der Fülle an Belastungen, mit denen die Unternehmen aktuell konfrontiert sind, bedeuten gute Rahmenbedingungen vor allem, jegliche zusätzliche Belastung für die Unternehmen zu vermeiden. Dies betrifft sowohl finanzielle als auch bürokratische Belastungen. Die Ampel-Regierung in Berlin weitet die Belastungen für die Unternehmen immer mehr aus. Aktuelle Beispiele sind die geplanten Maßnahmen zur Erhöhung der Tarifbindung, das geplante Gesetz zum Beschäftigtendatenschutz oder verschärfte Vorschriften für das Homeoffice. Auf EU-Ebene sind das geplante Lieferkettengesetz, die EU-Chemikalienstrategie oder die Revision der EU-Industrieemissionsrichtlinie zu nennen. Wir brauchen hier endlich ein großes Stoppschild.

Jegliche Steuererhöhung unterlassen

Das Steuerniveau in Deutschland ist hoch. Zusätzliche Steuerlasten, wie ein höherer Spitzensteuersatz, eine höhere Erbschaftsteuer oder eine Vermögensteuer, müssen unbedingt vermieden werden. Das gilt auch für neue EU-Steuern. Bei der Erbschaftsteuer muss Betriebsvermögen verschont bleiben. Zudem gilt: Mehrbelastungen, die sich aus nicht realisierten und oft genug nicht realisierbaren Wertsteigerungen ergeben, müssen aufgefangen werden. Deshalb fordern wir eine Regionalisierung der Erbschaft- und Schenkungsteuer. Generell gilt es, die steuerlichen Standortqualitäten zu verbessern: Durch Steuersenkungen, den vollständigen Wegfall des Solidaritätszuschlags, steuerliche Investitions- und Innovationsimpulse, den Abbau von Steuerbürokratie und die Digitalisierung steuerlicher Verfahren.

Soziale Sicherungssysteme stabilisieren – Lohnzusatzkosten im Griff behalten

Die nächsten Jahre werden zur Bewährungsprobe für unsere sozialen Sicherungssysteme. Mit dem Ausscheiden der Baby-Boomer-Generation aus dem Arbeitsmarkt verschiebt sich das Verhältnis von Beitragseinnahmen und Leistungsausgaben, entsprechend steigt der

Finanzierungsdruck in den meisten Sozialversicherungszweigen. Trotz der demografischen Herausforderungen darf der Gesamtbeitragssatz zu den Sozialversicherungen dauerhaft 40 Prozent nicht übersteigen.

Arbeitszeit flexibilisieren

Wir brauchen dringend eine Reform des starren deutschen Arbeitszeitgesetzes: Die tägliche Höchstarbeitszeit muss zugunsten einer durchschnittlichen wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 48 Stunden abgeschafft werden – in allen Bereichen und Branchen, ohne Einschränkung auch für Unternehmen ohne Tarifbindung und ohne Bezugnahme auf Tarifverträge. Zudem müssen die Möglichkeiten zur Ausgestaltung der elfstündigen täglichen Ruhezeit genutzt werden. Die europäische Arbeitszeitrichtlinie ermöglicht dies – derzeit ist jedoch das deutsche Gesetz strenger als die Richtlinie.

Länderfinanzausgleich auf ein verträgliches Maß zurückführen

Im Jahr 2022 hat der Freistaat Bayern 9,86 Milliarden Euro bzw. 14 Prozent des Staatshaushaltes in den Länderfinanzausgleich abgegeben. Der Haushalt Berlins wurde mit 3,85 Milliarden Euro bzw. zehn Prozent bezuschusst. Rechnerisch zahlte jeder Bayer 750 Euro, jeder Berliner erhielt 940 Euro. Dies beeinträchtigt die Handlungsfähigkeit des Freistaates übermäßig. Der Länderfinanzausgleich muss wieder auf ein verträgliches Maß zurückgeführt werden. Kein Land sollte mehr als zehn Prozent seines Haushaltsvolumens abgeben müssen. Dauer-Empfängerländer brauchen stärkere Anreize, ihre Wirtschaftskraft mit eigenen Mitteln und durch konstruktive Mitwirkung an besseren Standortbedingungen auszubauen.

Ansprechpartner/Impressum

Raimo Kröll

Planung und Koordination

Telefon 089-551 78-104
raimo.kroell@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Juni 2023